



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen**

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 02.02.2009

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 02.02.2009, 15:30 Uhr bis 17:00 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

I. Öffentlicher Teil

7 Anträge

7.1 Gestaltung der Mitarbeiterverträge im ASD Antrag der FDP-Fraktion vom 16.01.2009 AN/2266/2008

Stellungnahme der Verwaltung 0233/2009

Der Antrag wurde von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

8 Platzvergaben

8.1 Neumarkt hier: Antrag der Gemeinschaft Kölner Schausteller eG auf Durchfüh- rung der Karnevalskirmes vom 22.02.2009 bis zum 24.02.2009 und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauzeiten vom 21.02.2009 bis zum 28.02.2009 5192/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Gemeinschaft Kölner Schausteller eG zur Durchführung der Karnevalskirmes vom 22.02.2009 bis zum 24.02.2009 den Neumarkt incl. Auf- und Abbauzeiten vom 21.02.2009 bis zum 28.02.2009 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 8.2 Rudolfplatz**
hier: **Antrag der Synagogen-Gemeinde Köln, Ottostraße 85, 50823 Köln auf Durchführung einer Informationsveranstaltung (Israel-Tag) am 07.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) und Zurverfügungstellung des Rudolfplatzes 5284/2008**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Synagogen Gemeinde den Rudolfplatz zur Durchführung einer Informationsveranstaltung am 07.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. notwendiger Auf- und Abbauarbeiten) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 8.3 Rudolfplatz**
hier: **Antrag des Vereins Ickler & Friends e.V., Gutenbergstraße 79, 50823 Köln auf Durchführung einer Informationsveranstaltung (Einfach Ehrensache 2009) am 23.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) und Zurverfügungstellung des Rudolfplatzes 5286/2008**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verein Ickler & Friends e.V., Gutenbergstraße 79, 50823 Köln, den Rudolfplatz zur Durchführung einer Informationsveranstaltung am 23.05.2009 in der Zeit von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr (incl. Auf- und Abbauzeiten) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

**9.1 Kulturelle Bildung in Köln
3429/2008**

Beschluss (in der Fassung des Integrationsrates):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat nimmt das als Anlage 1 beigefügte Positionspapier „Kulturelle Bildung“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche in Köln. Er ist damit einverstanden, dass die zum Stellenplan 2008/2009 eingerichtete Stelle Verwaltungsangestellte/Verwaltungsangestellter VGr. II hD, Fg. 1a BAT (E 13 TVöD), die zunächst bis zur Vorlage des vorgenannten Positionspapiers mit einem Besetzungssperrvermerk versehen wurde, zur Besetzung freigegeben wird. Gleichzeitig beschließt er die Freigabe der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen - für kulturelle Bildung veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 85.000 €.

Die kulturelle Bildung auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist in das Konzept einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.2 Beschaffung von Plankammerschränken für das Historische Archiv
5323/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR erkennt den Bedarf an und verzichtet auf einen Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3 Lieferung von Holz in verschiedenen Sortierungen
5552/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen erkennt den Bedarf zur Beschaffung von Holz in verschiedenen Sortierungen für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.4 Bedarfsfeststellung - Kauf von handgeführten Maschinen für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
5579/2008**

Beschluss (in der Fassung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün):

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf zum Kauf handgeführter Maschinen *mit Ausnahme der Laubblasgeräte auf den letzten drei Positionen* für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Jährliche Überprüfung der Einheitssätze gem. § 3 der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung - vom 29. Juni 2001
4375/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt den Erlass der 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung - vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.6 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
3984/2008**

Beschluss (in der Fassung des Integrationsrates):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsressourcen mit der Umsetzung des als Anlage 1 beigefügten Konzeptes zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ in Köln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept dem Lenkungsausschuss des „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ vorzulegen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat zunächst jährlich über die Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus in Köln im Sinne des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zu berichten und den Bericht dem Lenkungsausschuss der Städte-Koalition vorzulegen.
4. Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ und beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum vorgenannten Verein in die Wege zu leiten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 1.500 € wird aus Mitteln des zuständigen Dezernates sichergestellt.
5. Der Rat bittet die Verwaltung, den Einsatz von städtischen Beschäftigten in Projekten zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung zu ermöglichen und von den Fachdienststellen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.7 Projekt "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete"
EFRE - Wettbewerbsaufruf "familie@unternehmen.NRW"
2075/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beschließt vorbehaltlich der Förderung durch das Land NRW und der EU die Durchführung des Projekts „Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete“ in der Zeit vom 01.03.2009 – 28.02.2011 gemäß der in der Problemstellung dargelegten Finanzierung.
2. Für die Wahrnehmung der Aufgabe beauftragt der Rat die Verwaltung, die zur Umsetzung des Projektes erforderlichen Mehrstellen
1 Stelle StAR BGr. A 11 BBO bzw. VA VGr. IVa BAT (EG 10 TVöD)
0,5 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)
zum Stellenplan 2010 befristet bis zum 28.02.2011 einzurichten.
Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Stellen intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen.
3. Der Beschluss beinhaltet die Freigabe der im Doppelhaushalt 2008/2009 für das Haushaltsjahr 2009 im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus in Zeile 13 als „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ veranschlagten Mittel für die Maßnahme „Familienfreundliche Gewerbegebiete/Landeswettbewerb“ in Höhe von 50.000 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.8 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige - Ausbauplanung bis 2013
5359/2008**

Beschluss (in der Fassung der Bezirksvertretung Kalk):

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

1. Der Rat beschließt den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige auf insgesamt mindestens 10.200 Betreuungsplätze bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014, vorbehaltlich der Gewährung von Bundes- und Landeszuschüssen zu den Investitions- und Betriebskosten. Die Anzahl der Betreuungsplätze im Jahr 2013 entspricht einer gesamtstädtischen Versorgungsquote von 40% der 0- bis unter 3-Jährigen.
2. Weiterhin beschließt der Rat, dass 80% der geplanten Gesamtzahl der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und 20% im Bereich der Kindertagespflege realisiert werden. Das bedeutet die Realisierung rd. 3.420 neuer Plätze für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen durch Umbau- und Neubaumaßnahmen sowie die Schaffung rd. 1.080 zusätzlicher Plätze der Kindertagespflege für unter 3-Jährige.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zielplanung in Abstimmung mit den Trägerverbänden und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfssituation auf Stadtbezirks- und Stadtteilebene umzusetzen und den Rat *und die jeweiligen Bezirksvertretungen* jährlich über den erreichten Ausbaustand zu informieren.

4. Die Finanzierung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Der Rat beschließt, dass die personellen Auswirkungen, die sich aus dem Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bis 2013 ergeben, seitens der Verwaltung im Rahmen unterjähriger organisatorischer Betrachtungen ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses einstimmig zugestimmt

**9.9 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
5643/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat erklärt sein Einverständnis zum Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (vgl. Anlage) auf der Basis von § 23 Absatz 1 2. Alternative des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der derzeit gültigen Fassung zwischen der Gemeinde Nettersheim und der Beihilfekasse der Stadt Köln zur Übernahme von Beihilfeangelegenheiten der Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde oder aus sonstigen Gründen Änderungen des in der Anlage beigefügten Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.10 4. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln
5124/2008**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**9.11 Schulsozialarbeit
Hier: Erweiterung der Schulsozialarbeit in 2009
4301/2008**

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.12 Projekt D115 - Einheitliche Behördennummer
hier: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen für die
Dauer des Pilotbetriebes mit den Verbundpartnern in der Region
5645/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit jedem Verbundpartner in der Modellregion West II im Projekt D115 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.13 Moderationsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger am Brüsseler
Platz
5824/2009**

Frau Koppmann bittet, folgende Ergänzungen in den Beschlusstext aufzunehmen:
Das Moderationsverfahren soll zeitnah und durch einen professionellen Moderator durchgeführt werden.

Herr Repgen bittet um Abstimmung.

Beschluss (in der mündlich geänderten Fassung):

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beauftragt die Verwaltung, dass *zeitnah* ein Moderationsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger am Brüsseler Platz *durch einen professionellen Moderator* durchgeführt wird.

Bei der Auswahl der Moderatorin bzw. des Moderators ist der Bezirksbürgermeister zeitnah mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion zugestimmt